

Nordwest-Zeitung, Ammerländer vom 21.12.2009

Pläne für Jaspers-Hof umstritten

FÖRDERANTRAG SPD und Grüne haben Bedenken gegen Konzept des Stiftungsrates

Bei den Bemühungen um ein einheitliches Konzept für die künftige Nutzung des Jaspers-Hofes ist im Rat keine Einigung in Sicht. Die Stadt hatte das Anwesen vor Jahren geerbt.

VON HEINER OTTO

WESTERSTEDDE - Ärger wegen eines geplanten Seniorenheimes auf der Hössen, Meinungsverschiedenheiten in der kommunalen Finanzpolitik, Probleme beim Finden eines „roten Fadens“ für die Belebung der Innenstadt und nun auch noch kontroverse Standpunkte mit Blick auf die künftige Nutzung der Jaspers-Stiftung – selten waren im Westersteder Stadtrat Mehrheitsgruppe und „Opposition“ offenbar so weit auseinander, wie zum Ende dieses Jahres 2009.

Die Reihe kritischer Anmerkungen zum Konzept der Jaspers-Stiftung, die eine touristisch-kulturelle Nutzung mit deutlichem Schwerpunkt auf Fremdenverkehr im Blick hat, eröffnete während der jüngsten Ratssitzung im Linderner „Rosenkrug“ Grünen-Ratsherr Jochen Gertjejanssen. Er bezeichnete besagtes Konzept als sehr fragwürdig und vermutete, dass die bislang kalkulierten Besucherzahlen viel zu hoch gegriffen seien. Fraktionskollege Peter Meiwald ergänzte, die Stadt trage durch die Annahme des Erbes das volle finanzielle Risiko, auch in Haftungsfragen. Wie Meiwald betonte auch UWG-Sprecher Hermann Rust, man müsse in Gesprächen mit dem Stiftungsrat erreichen, dass das Projekt dennoch ein Erfolg werde.

Einen bedeutend intensiveren Meinungs austausch mit dem Stiftungsrat wünscht sich auch SPD-Fraktionssprecher Uwe Kroon. Daran habe es in der Vergangenheit gemangelt. Dem hielt Erster Stadtrat Helmut Dierks, zugleich Mitglied im Stiftungsrat, entgegen, dass es doch Gespräche gegeben habe. Wie die Anlage später genutzt werde, sei der Entscheidung der Stiftung überlassen. Im übrigen trage die Stadt kein größeres finanzielles Risiko, als bei anderen ähnlichen Vorhaben.

Jochen Niemann (CDU), Sprecher der CDU/FDP-Mehrheitsgruppe, erinnerte daran, dass es zunächst um das Einwerben von Fördermitteln gehe. Er appellierte an alle Fraktionen, sich möglichst auf eine gemeinsame Vorgehensweise zu verständigen.